

Bezugspreis:

Einzelheft 30. - 12. monatlich 10. - 3. Vierteljahr 28. - 6. monatlich 32. - 1. Jahr 60. -

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Voll u. Voll" erscheint wochentlich (sonntags) Sonntags und Montags.

Verlagsanstalt: "Sozialdemokratisches Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normzeile kostet 1/100. - 1/20. - 1/10. - 1/5. - 1/2. - 1. - 2. - 3. - 4. - 5. - 6. - 7. - 8. - 9. - 10. - 11. - 12. - 13. - 14. - 15. - 16. - 17. - 18. - 19. - 20. - 21. - 22. - 23. - 24. - 25. - 26. - 27. - 28. - 29. - 30. - 31. - 32. - 33. - 34. - 35. - 36. - 37. - 38. - 39. - 40. - 41. - 42. - 43. - 44. - 45. - 46. - 47. - 48. - 49. - 50. - 51. - 52. - 53. - 54. - 55. - 56. - 57. - 58. - 59. - 60. - 61. - 62. - 63. - 64. - 65. - 66. - 67. - 68. - 69. - 70. - 71. - 72. - 73. - 74. - 75. - 76. - 77. - 78. - 79. - 80. - 81. - 82. - 83. - 84. - 85. - 86. - 87. - 88. - 89. - 90. - 91. - 92. - 93. - 94. - 95. - 96. - 97. - 98. - 99. - 100.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 26. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Äußerste Frist - Juni!

Die Pariser Beratungen.

Paris, 25. Januar. (Havas.) Die Sachverständigen für militärische, Marine- und Luftschiffahrtsangelegenheiten trafen heute vormittag unter dem Vorsitz Jods zusammen. Sie waren von dem Obersten Kol beauftragt worden, eine Liste aufzustellen über die Vertragsverletzungen Deutschlands, sowie Maßnahmen vorzuschlagen, die zu treffen wären, und bildeten drei Kommissionen. Jede Kommission verhandelte die ihr zugewiesenen Fragen: die deutsche militärische Geheimgabe, die Herabsetzung der deutschen Armee auf 100.000 Mann, die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Einwohnerwehren, die Auflösung der Sicherheitspolizei, die Auslieferung und Zerstörung des militärischen, maritimen und Luftschiffahrtsmaterials, die Zahlung einer Ausgleichssumme für das zerstörte oder ausgeführte Material usw. Die Kommissionen waren in ihren Aufträgen einig. Nachmittags stellten die Sachverständigen den Gesamtbericht fest. Er soll eine allgemeine Schlussfolgerung enthalten und die Notwendigkeit darlegen, ohne Schwäche die Ausführungen der vorgesehenen Zwangsmaßnahmen innerhalb der verschiedenen festgesetzten Fristen zu verlangen. Diese Fristen bewegen sich zwischen einigen Wochen und mehreren Monaten, entsprechend der Wichtigkeit der zu treffenden Maßnahmen, auf die sie sich beziehen. Die weitest ausgeübte Frist geht aber nicht über den Monat Juni hinaus.

Paris, 26. Januar. (F.A.) Die militärischen Sachverständigen schlugen vor, daß man Deutschland auffordere, die Anlagen des Friedensvertrages über das Flugmaterial, das heute ein stärkeres Hilfsmittel darstellt als je zuvor, zu revidieren. Deutschland soll ferner die 450 Festungsgeschütze abliefern, die es noch besitzt, und schließlich die 400.000 Mann bewaffneter Einwohnerwehren entlassen. Nach dem "Pest Journal" soll die Interalliierte Kommission bis zur vollständigen Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen erhalten bleiben.

Die österreichische Frage.

Paris, 26. Januar. (Holländisch Bureau.) Es sind zwei Wege, die man in Erwägung zieht, um Österreich wirtschaftlich wieder auf die Beine zu helfen und die Wuchstürze zu verhindern. Erstens will man Österreich mit Hilfe alliierter Privatfirmen, die von den Regierungen unterstützt werden, einen Kredit gewähren. Zweitens denkt man an die Auslieferung des Vorkriegs von Sr. William Goode, der die Ausbringung von 50 Millionen Pfund Sterling für Österreich vorschlägt. In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, daß Großbritannien außer den Wohlstandbeiträgen bereits 15 Millionen Pfund Sterling an Krediten hergegeben habe.

Es hat sich bereits herausgestellt, daß eine Österreich zu gewährenden Hilfe ohne Mitwirkung der österreichischen Nachfolgestaaten unmöglich erscheint. Man erwartet, daß die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn hierfür in ihrem eigenen Interesse zusammenarbeiten werden. Die große Frage bleibt, wo man Geld hergen soll, um Österreich zu helfen. Die Kommission setzte sich gestern bereits mit dem amerikanischen Oberkonsulenten Logan in Verbindung, der am besten mit den österreichischen Angelegenheiten Bescheid weiß. Lord Riddie erklärte Journalisten gegenüber, seiner Ansicht nach sei die Frage, wo man Geld herzunehmen habe, eine unüberwindliche Schwierigkeit.

Deutschland und die Reparation.

Berlin, 26. Januar. (W.T.B.) Aus Anlaß zahlreicher Presseäußerungen (?) über die Frage der Reparationsverhandlungen ließ sich der Reichskanzler vom Reichsminister des Innern und dem Reichsfinanzminister eingehend über diese Frage unterrichten. Es bestand Übereinstimmung in folgender Beurteilung des Sachverhaltes und der Stellungnahme der deutschen Regierung:

Nach wie vor ist es ein dringendes Interesse Deutschlands, die Höhe seiner Reparationslast so bald als möglich kennen zu lernen. Es hat ein vertragmäßiges Recht darauf, daß ihm diese Kenntnis bis zum 1. Mai 1921 verschafft wird. Andererseits erkennt Deutschland an, daß zurzeit die Festsetzung der Schuldsumme technisch und eine Verkündung über die Festsetzung psychologisch schwierig wäre. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, auf die Einleitung der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelang, sich mit den Alliierten über Teilleistungen Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen. In diesem Sinne hat die deutsche Regierung die fünf Jahreszahlungen als Ausgangspunkt der weiteren Verhandlungen angenommen. Die deutsche Regierung verlangt nun, daß bei den Verhandlungen über diesen Plan die zahlenmäßige Höhe der Jahresleistungen einzuweisen vorbehalten bleibt, und daß zunächst die Methode der Sachfestsetzung, ihre Bewertung und die für die Bemessung von Deutschlands Leistungsfähigkeit maßgebenden, in Brüssel näher bezeichneten Umstände erörtert werden, und daß über die Höhe der Gesamtlast auch beim Zustandekommen der Vereinbarung über die Jahreszahlungen nicht etwa erst nach Ablauf der fünf Jahre, sondern so bald als möglich weiter verhandelt wird.

Dieses Verlangen ist von dem französischen Botschafter in Berlin bei seiner entscheidenden Besprechung mit dem deutschen Außen-

minister als berechtigt anerkannt worden. Es bildet also die Grundlage der weiteren Verhandlungen.

Ohne ein Einigenkommen der Alliierten auf dem von der deutschen Delegation in Brüssel bezeichneten Gebiete könnte die Deutsche Regierung die Annahme der fünf Jahresleistungen, die ein großes Einigenkommen ihrerseits darstellt, nicht vorkommen. Die Brüsseler Sachverständigenbesprechungen sind noch nicht zu Ende geführt.

Es ist eine Pause eingetreten, damit einzelne von beiden Seiten bezeichnete Sachverständigenpaare Zeit gewinnen, bestimmte technische Vorfragen der Reparation zu erörtern. Nach dieser Erörterung sind erst zum Teil erledigt. Die gegenwärtige Tagung steht mit dem vereinbarten Gange der Reparationsverhandlungen in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Sie kann weder die noch ausstehenden Besprechungen der Sachverständigen, noch die in Spa zugesagte Regierungskonferenz in Genf ersetzen. Vorher bedarf es unbedingt einer Besprechung der industriellen Sachverständigen über die Methode der Sachfestsetzung.

Paris, 26. Januar. (W.T.B.) Nach einer "Matin"-Meldung nimmt die Konferenz heute die Reparationsfrage in Angriff. In erster Stelle wird sich der französische Finanzminister Doumer über die finanzielle Lage Frankreichs äußern.

Internationale Bergarbeiterkonferenz.

London, 26. Januar. (E.A.) Die internationale Bergarbeiterkonferenz hat eine Entschließung angenommen, in der ausgeführt wird, daß man in Oberschlesien und im Ruhrgebiet das Vorhandensein großer Kohlenvorräte festgestellt habe, die sich wegen mangelnder Transportmöglichkeiten immer mehr anhäufen. Man verpöndet die deutschen Bergarbeiter, mehr Arbeit zu leisten - während ihre Verpflegung ungenügend sei. Auch in anderen kohlenführenden Ländern sei eine Anhäufung der Vorräte festzustellen, was sich aus der in der ganzen Welt vorherrschenden industriellen Krise erkläre. Die Konferenz verlangt eine Verbesserung der vorhandenen Transportmittel und eine allgemeine Stabilisierung der Währungen. Die Regierungen werden aufgefordert, internationale Maßnahmen zu treffen, um die Frage von Angebot und Nachfrage in ganz Europa zu regeln. Die Bergarbeiter in allen Ländern werden aufgefordert, nicht mehr als 8 Stunden täglich zu arbeiten. Das internationale Arbeitsbureau soll einen internationalen Kontrollrat einsetzen, der den Ausbau der Kohlenfelder regeln soll, die für den Wiederaufbau aller Länder notwendig sind. Der Pariser Ministertag wurden die gefassten Beschlüsse sofort zur Kenntnis gebracht.

Franko-russisches Seegefecht.

Moskau, 26. Januar. Ein Pariser Funkpruch vom 18. Januar berichtete:

"Nach Informationen aus Konstantinopel wurde ein französischer Zerstörer im Schwarzen Meer in der Nähe von Koworoffsk von einem bolschewistischen Boot angegriffen. Der französische Zerstörer wachte sich gegen den Angreifer, der auf Strand lief und sich in einer kritischen Lage befindet."

Dazu veröffentlicht der Chef des Stabes des Kriegsschiffes der Sowjetrepublik folgendes:

Die oben erwähnte Meldung verteuert die Tatsachen über das Zusammentreffen zwischen dem sowjetischen Transportdampfer und zwei französischen Zerstörern, die das russische Boot in der Nähe von Anapa angriffen. Die Tatsache allein, daß das Treffen in der Nähe der russischen Küste innerhalb der Reichweite der Küstenbatterien stattfand, zeigt, welche Seite sich mit Kanonenschüssen betrogen hat. Unser Transportdampfer war nach Fahrtrichtungsänderung und Bewaffnung durchaus unfähig zu einer Aktion gegen die französischen Zerstörer, und es ist dadurch schon erwiesen, daß man den verdröhnlichen Angriff der französischen Zerstörer zu verzeichnen laßt. Nur die Verleumdung unserer Küstenbatterien und das beständige Fahren im flachen Wasser retteten unser Schiff vor völliger Zerstörung.

Verzichte, Armenien!

London, 26. Januar. (W.T.B.) In einer an den armenischen Minister des Auswärtigen gerichteten Botschaft erklärt Lenin, für den Augenblick müßten die territorialen Bestrebungen Armeniens den Interessen der Weltrevolution geopfert werden.

Senat gegen Flottenbau.

Washington, 26. Januar. (Reuter.) Der amerikanische Senat hat eine von Vora eingebrachte Entschließung, in der der Marineauschuß des Senats aufgedeutet wird, über die Durchführbarkeit und das Ausmaß der Entlassung des amerikanischen Flottenbaus für die Zeit von sechs Monaten Bericht zu erstatten, angenommen. Vora will später eine weitere Entschließung einbringen, die eine Unterbrechung der Gesamtfrage der Wüstung zur See vorseht.

London, 26. Januar. (Reuter.) Die Verhandlungen zwischen dem japanischen Botschafter in den Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Botschafter in Japan bezüglich der kalifornischen Ansiedlungsfrage und der Festlegung der Rechte japanischer Bürger in den Vereinigten Staaten sind zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden. Die von beiden Botschaftern erzielten Beschlüsse erfordern nach die Zustimmung der beiderseitigen Regierungen.

Zur Roten Woche!

Von Max Jaehner, Vorsitzender des Arbeiterrats der Julius Pinisch A.G.

Die Werbeweche der Sozialdemokratischen Partei ist durchaus kein Zeichen eines von den Führern beobachteten Abfalls größerer Mitgliedermassen, kein Versuch, entstandene Lücken auszufüllen, wie es die Gegner sich so gerne selber vormachen. Der Werbewochen-Gedanke ist vielmehr der Erkenntnis entsprungen, daß heute ein einheitlicher organisatorischer Zusammenschluß aller hand- und kopfarbeitenden Volksgenossen nötiger ist denn je. Dieser notwendige Zusammenschluß kann aber nicht auf dem Boden irgendeiner neuen Splittergruppe, sondern nur im Rahmen der alten großen Organisation durchgeführt werden.

Selen wir ehrlich: Wie steht's heute um die politischen Organisationen des Proletariats? Die vordem einzige proletarische Massenpartei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, erfuhr durch Abspaltung der Kriegskrediteverweigerer ihre erste Spaltung und damit ihre erste Schwächung. Die neue Partei war aus der ehrlichen Ueberzeugung entstanden, daß durch die Befolgung der bislang als starr programmatisch angesehenen Kriegskrediteverweigerung dem Völkermord am ehesten Einhalt geboten werden könne, es mühte ihr aber trotzdem oder gerade deswegen von vornherein eine kurze Lebenszeit vorausgesagt werden, da sie lediglich auf der Opposition weniger Abgeordneter gegen Fraktions- und Vorstandsbeschlüsse aufgebaut war und mit dem Kriegsende den Existenzgrund verlor. Ihre Parteiparolen, mit denen sie anfangs die Massen zu sich zog und an sich fesselte, verloren also nach dem Abbruch des Krieges naturgemäß immer mehr an Wirksamkeit. Nun war sie gezwungen, zu stärkeren Mitteln zu greifen und diese fand sie in der Oppositionsstellung gegen die alte Partei, die aus Pflichtbewußtsein gegenüber dem niedergeborenen Volke die schwere Last der Regierungsgeschäfte auf sich genommen hatte.

Die Tätigkeit der neuen Partei, der "S.P.D.", und der ihr angehörigen Volksbeauftragten und Minister im Reich und in den Einzelstaaten gab aber wiederum dem mit einem allerdings festeren, klareren, dafür aber auch radikaleren Programm hervortretenden Spartakusbund reichliches Agitationsmaterial gegen die erste Splitterpartei, so daß ein Kampf dreier sozialistischer Organisationen entbrannte, der den weiterlebenden Arbeiter damals schon vor der Entwicklung der Dinge grauen ließ.

Wie tausendfach vorausgesagt worden war, so kam es auch. Die Versprechungen, die den hilfeschenden Volksgenossen von den neuen Parteien gemacht wurden, konnten in dem Moment nicht erfüllt werden, wo die Parteien die Erfüllung dieser Versprechungen übernehmen sollten und mußten. Die Verhältnisse waren eben stärker als der Wille.

Leider trat aber auch die Voraussage ein, daß durch die Spaltung der Parteien ihre Schlagkraft gelähmt, ihre Aktionsfähigkeit gehemmt werde. Wenn viele unserer Forderungen und Wünsche von ehemals nicht in dem Maße erfüllt worden sind, wie es uns erdrebenswert schien, ist nicht zuletzt die Art und Weise schuld, wie unsere alte Sozialdemokratische Partei, die "S.P.D.", von den Linksparteien bekämpft wurde. Das provokatorisch-humiliatorische, oft jedem Anstandsgefühl hohnsprühende Auftreten, das früher die U.S.P. in unseren Verhandlungen beibehielt, wird jetzt gegen sie selbst in erheblich verstärktem Maße von der kommunistischen Partei angewendet, und so können unsere Partei- und Gewerkschaftsversammlungen den uns noch organisatorisch fernstehenden oft nicht mit der notwendigen Klarheit die Ueberzeugung vermitteln, daß ihre Interessen den Verhältnissen entsprechend nur von der S.P.D. wirkungsvoll vertreten werden. Nicht durch den allseitigen Wettlauf im Stelzenradikaler Forderungen ist die Lösung einfacher Tagesfragen und großer wirtschaftlicher und politischer Probleme zu erreichen. Die Beschränkung selbst wichtiger Forderungen auf ein Maß, das den Verhältnissen Rechnung trägt, ist die beste Gewähr für die erstrebte Erfüllung.

Diesen Grundsatz stets vertreten zu haben, kann sich nach allem bisher Geschehenen nur die alte Sozialdemokratische Partei rühmen. Er war der Schlüssel ihrer Erfolge, und wenn diese Erfolge durch das Agitationsbedürfnis gegnerischer Parteien kleiner erschienen als sie sind, so muß doch bei jedem kühl und objektiv denkenden Volksgenossen die Erkenntnis Platz greifen, daß lediglich die S.P.D. und nur diese es ist, die noch stets mit dem größten Ausmaß des möglichen Erfolges für die berechtigten Interessen des schaffenden Volkes eingetreten ist.

Die Ruhanwendung dieser Erkenntnis ist klar: nicht durch organisatorische Zerplitterung ist die Wiedergeburt unseres Volkes in sozialistischem Sinne zu erreichen, sondern nur durch die Stärkung derjenigen Partei, die durch ihre Erfolge ihren festen Willen zur Aufbaurbeit beweist.

Deshalb: hinein in die alte Sozialdemokratische Partei, Hand- und Kopfarbeiter! Werdet tüchtige Mitglieder, werdet für die S.P.D. in der "Roten Woche".



## Die Politik der Lüge.

Unter dieser Überschrift bekämpft Oberst Nikolai die Festsetzung, die wir jüngst auf Grund gefundener Geheimprotokolle über den vaterländischen Unterricht hinsichtlich der Dolchstoßlegende gemacht haben. Wenn mit dieser Überschrift Oberst Nikolai die Politik der D. S. L. während des Krieges kennzeichnen will, so haben wir nichts dagegen. Wir werden aber jedenfalls verhindern, daß einzelne frühere Organe dieser offiziellen Lügenpolitik noch jetzt versuchen, ihr früheres Handwerk fortzusetzen.

Oberst Nikolai wirft uns vor, in seinen Ausführungen etwas „unterzulegen“ zu haben. Er behauptet, das Gegenteil von dem festgestellt zu haben, was vorher die Vertreter der einzelnen U. D. R. über die glänzende Stimmung des Heeres gesagt hatten. Das ist nicht wahr. Oberst Nikolai hat in seinen hier schon zitierten Worten zunächst die Ausführungen der Armeevertreter unterstrichen und dann lediglich vor „planlosem und unbegründetem Optimismus“ gewarnt und auf Meldungen hingewiesen, aus denen hervorgehe, daß hier und da auch eine Menge Kleinmut und Mißstimmung vorhanden sei.

Also lediglich auf eine allgemein bedrückte Stimmung, die durch die Länge des Krieges und das schamlose Treiben gewisser Offizierskreise in der Stappe genügend erklärt wird. Von irgendeiner revolutionären Propaganda im Heere hat Herr Nikolai auch in diesem Zusammenhang nicht das mindeste verstanden lassen. Im Gegenteil, noch eine Woche später, am 3. Juni, hat Herr Nikolai (Seite 23 des Protokolls) in einer Besprechung mit den Leitern des vaterländischen Unterrichts der Ostfront wörtlich folgendes gesagt:

Selbstverständlich glaubt kein Mensch an eine Revolution in Deutschland.

Hätte Herr Nikolai so reden können und dürfen, wenn er schon damals — wie er jetzt behauptet — zahlreiche Meldungen über revolutionäre Propaganda im Heere gehabt hätte?

Aber Oberst Nikolai glaubt noch einen anderen Haupttrumpf gegen uns auszuspielen zu können, indem er schreibt:

Der „Vorwärts“ weiß, ebenso die „Frankfurter Zeitung“, daß sie bei einzelnen Armeen bereits Ende 1917 ihrer die Kampfkraft der Truppen zersetzenden Wirkungen wegen vom Feldbuchhandel ausgeschlossen waren.

Allerdings wissen wir das, und wir wissen jetzt auch, daß wir dieses Verbot in erster Linie einem gewissen Oberleutnant Nikolai zu verdanken hatten, der auf Seite 16 des von uns zitierten Protokolls folgende schöne Anweisungen gegeben hat:

Mit dem Verbot der Verbreitung gewisser Bücher und Zeitungen durch die Feldbuchhandlungen draußt also in keiner Weise turg getreten zu werden.

Das hat derselbe Nikolai befohlen, der auf Seite 110 seines Kriegserinnerungsbuches behauptet: „Auch die D. S. L. hielt noch wie vor die Zensur für das letzte und ein schlechtes Mittel, den politischen Kampf einzudämmen.“ — Auch ein Beitrag zur „Politik der Lüge“.

Doch Herr Nikolai unterschätzt unsere Gedächtniskraft, wenn er uns nicht mehr die Erinnerung daran zutraut, warum diese Verbote erfolgt sind. Nicht wegen irgendwelcher „zerstörerischer Propaganda“, sondern weil der „Vorwärts“ mit Leidenschaft und Energie die wahnwitzige Annekshionspolitik der Ludendorff-Clique bekämpft hat, die Deutschland in den Untergang zu reißen drohte und tatsächlich gereizt hat. Wenn der „Vorwärts“ und andere Blätter dieser durch keine sachliche Einsicht getriebenen Offizierspolitik in jeder Weise entgegengetreten sind und an der Parole des Friedens ohne Annekshionen und Kontributionen festgehalten haben, so mag diese Politik ja so manchem Generalschädel in seiner großmütigen Vorurteil als „zerstörerisch“ erschienen sein. In Wahrheit war dieses Programm das einzige, das den Verteidigungswillen des deutschen Volkes hätte hochhalten und die Katastrophe der Niederlage verhindern können, wenn es nicht durch die Ludendorff und Nikolai ränbig sabotiert worden wäre.

Der Außenminister Dr. Simons hat vor kurzer Zeit das Wort geprägt: „Die Presse nicht geführt werden soll, das haben wir während des Krieges schauernd erlebt.“ Hielt sich Herr Nikolai endlich, daß dieses sich in erster Linie auf ihn bezieht.

## Der Grashalm.

Von Ernst Brezang.

In einem großen Kessel siedet ein Baum.  
Der Baum wurde zerhackt und in den Ofen geworfen.  
Der Kessel mit der alten Erde geriet in den Winkel. Dort fand er monatelang: tot, unfruchtbar, unbesiegt von allen Augen. Der Wind ging über ihn hin wie über reglosen Stein, von dem man ja auch nicht Wachs und Leben erwartet.

Eines Tages aber, mitten im Winter, halte der Wind sich fest. In einer kleinen, sanft gebogenen Spitze, die in gelbem Grün aus der grauen Erde lugte.

Ein Palm war's, ein Grashalm.

Ein einziger Palm in dem großen Kessel.

Und nun — wie fessam! — konnte kein Woge mehr gleichmäßig darüberhin schauern. Rum mühte, was es auch war, immer wieder den Wind nach dem Palme wenden. Am Morgen fragte einer den andern: „Ist er wieder gewachsen?“

Ja, er wuchs. Wuchs munter und freudig, obwohl ihn nie die Sonne auch nur mit dem geringsten Strahle streichelte. Nur Wasser bekam er von sorgloser Hand. Er dankte es mit seinem Wachsen. Ist nun schon ein spamerlanger Palm, der frühgrün leuchtet und die Spitze in ammutigem Bogen neigt.

Sticht immer noch im dunklen Winkel, wächst und zieht aller Augen auf sich.

Ein einziger Palm in einem großen Kessel!

Ist es nicht zum Lachen?

Wer ihn nicht läglig sieht, wer ihn zum ersten Male erblickt, lacht auch — und es ist so etwas wie Spott dabei, wie gutmütiger Spott. Aber merkwürdigerweise betritt ihn dann jeder genau, lobt seinen schlanken Wuchs und sein frisches Aussehen und lächelt gerührt und freudig.

Freude über einen atmen kleinen Grashalm!

Warum? Ein Grashalm ist doch wirklich nichts Besonderes!

Ich glaube, wir freuen uns, weil hier etwas ist. Und noch dazu: im Winter und in einer dunklen Ecke wird. Weil es so frisch draußes wächst in seiner schattenlosen Einsamkeit, als wäre nichts vor ihm gewesen, als läme nichts nach ihm.

Als unsere Sinne durch den Neuschnee.

Die Erde ist ein vom Zerfallungsmaße verwirklichtes Feld.

Wir sehen Freude und die Gemüthsneidender Werkkraft.

Auch der Grashalm ist ein Gleichnis und ein Beweis. . .

Späterliche, empfindene und primitive Kunst. Bei Gurliitt (Wobamer Str. 113) ist eine größere Kollektion Gemälde des Münchener Richard Seewald ausgestellt. Seewald hat sich als vorzüglichster Illustrator des „Robinson Crusoe“ und des „Hafen-

## Regierungskommunist Däumig.

Wie der „Arbeiterrat“ finanziert wurde.

In der „Rheinischen Zeitung“, unserem Kölner Parteiblatt, lesen wir eine Geschichte, die den prinzipiellen Kapitalismus des Neukommunisten Däumig in recht eigentümlichem Licht erscheinen läßt. Däumig war bekanntlich einige Zeit nach der Revolution Herausgeber einer Zeitschrift „Der Arbeiterrat“. Von ihren Schicksalen handelt das folgende:

Im Frühjahr 1919 trat ein Mittelsmann der Redaktion des Däumigischen „Arbeiterrates“ an die Reichszentrale für Heimatsdienst mit der Mitteilung heran, daß der „Arbeiterrat“ sich in Geldschwierigkeiten befinde. Die Zeitung des „Arbeiterrates“ wünsche von der Reichszentrale für Heimatsdienst das nötige Kapital zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise (also durch die Regierungsgelder) könne eine überraschende Entwicklung der Zeitschrift verhindert werden.

Besonders wichtig ist, daß der Däumigische „Arbeiterrat“ sich als Gegenleistung für das Regierungskapital verpflichten wollte, jede Woche einen Artikel von bestimmter Länge in sachlich unterrichtendem Sinne und in der Richtung der sonstigen Bestrebungen des Heimatsdienstes im „Arbeiterrat“ unterzubringen.

Die Reichszentrale für Heimatsdienst glaubte, eine solche Möglichkeit, auf die radikalen Arbeitermassen durch eine bei ihnen angesehene Zeitschrift beruhigend zu wirken, nicht veräumen zu dürfen. Sie fragte bei ihrer vorgesetzten Regierungsstelle um Erlaubnis für die Unterstützung des Däumigischen „Arbeiterrates“ an. Die Regierung war mit der Unterstützung gegen die Eingehung der oben erwähnten Verpflichtung durch den „Arbeiterrat“ einverstanden. Die Reichszentrale für Heimatsdienst hielt es aber, zweifellos um den Angriffen von rechts zu begegnen, nicht für ratsam, das Vorhaben selbst als amtliche Stelle zu geben. Darauf wandte sich der Mittelsmann des „Arbeiterrates“ an die „Arbeitsgemeinschaft für Staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung“, eine Art Ableger und Kuffis des offiziellen Heimatsdienstes, die abgekürzt „Stammbi“ heißt und bereits unter dem Kaiserreich von Ministerialdirektor Deutelmayer gegründet wurde. Diese arrangierte die Sache folgendermaßen: Es wurden dem Däumigischen „Arbeiterrat“ von „Der Arbeitsgemeinschaft Neues Reich“, deren Teilhaber gleichzeitig die Teilhaber der „Stammbi“ waren, 30 000 M. als verzinsliches Darlehen gegeben. Von diesen 30 000 M. wurden 5000 M. den laufenden Krediten entnommen, die die Reichszentrale für Heimatsdienst der „Stammbi“ gewährt hatte, also Regierungsgelder! Diese 5000 M. sind erst im Januar 1920 von der „Stammbi“ an die Reichszentrale für Heimatsdienst zurückgezahlt worden. Für den Restbetrag von 25 000 M. sind von der „Arbeitsgemeinschaft Neues Reich“ Summen verwendet worden, die ihr zur freien Verfügung standen.

Es steht also fest: Der Däumigische „Arbeiterrat“ hat sich an die Regierung um finanzielle Unterstützung gewandt und war bereit, dafür regierungsamtliche Artikel verkappt in den „Arbeiterrat“ aufzunehmen. Die Reichsregierung hat ihre Zustimmung erteilt. Nur an der Vorsicht des Heimatsdienstes selbst scheiterte das Geschäft. Der „Arbeiterrat“ erhielt aber Regierungsgelder auf indirektem Wege durch die „Stammbi“ bzw. deren Schwesterorganisation die „Arbeitsgemeinschaft Neues Reich“.

## Der unabhängige Leierkasten.

Die Mitteilung des „Vorwärts“ über den Landfriedensbruchprozess gegen unsere Parteigenossen in Hagerstadt wird von der „Freiheit“ prompt nachgedruckt, ihr aber zum Schluß das übliche Schwänzchen angehängt, monoch die Rechtssozialisten an dem ganzen Demmer der deutschen Klassenjustiz schuld seien, weil sie — Koalitionspolitik betrieben haben!

Man sollte in der „Freiheit“ sich doch einmal Mühe geben, andere Gründe und andere Kommentare zu erfinden. Durch die ewige Wiederholung ein und derselben Sache wird ihr Inhalt nicht gerade geistreicher. Die unabhängige Redaktion könnte schließlich sich damit begnügen, durch einen vierzehnjährigen Scheitert anstatt des Seiges „die Rechtssozialisten haben schuld“ ein für allemal

romans“ von Francis James einen geachteten Namen gemacht. Seine Gemälde stehen leider nicht auf der Höhe seiner Griffelkunst. Die Farbe erscheint überall jaghaft, matt und monoton, und der schwächliche Linienführung, der namentlich einige Tierbilder (Nr. 17 „An die Tiere“, Nr. 26 „Das Schützen der Kreatur“) effektiv befeht. Ist nicht empfunden. Kein warmer Herzschlag, sondern ein kunstfertiges Handgewerk spricht aus ihnen. Es scheint aber, daß gerade diese spielerische Allernachtskunst, die nicht aus dem Tiefen und Wollen schöpft, gegenwärtig viele Freunde und Abnehmer findet: eine beträchtliche Anzahl der ausgestellten Gemälde trägt bereits den Vermerk „In Privatbesitz“.

Als ein Maler von feiner künstlerischer Kultur, der nur innerlich Empfundenes und blutvoll Gestaltetes bietet, erweist sich dagegen der Berliner Hans Adolf Heilmann, der ebenfalls bei Gurliitt ausgestellt hat. Seine Kunst schreit nicht nach Waverflächen, sie entfaltet ihr Bestes in kleinen Formaten. Aber jedes dieser bescheidenen Stoffeildbilder hat die Kraft, eine Wand zu beherrschen und dem Raum, den es schmückt, Stimmung und Mittelpunkt zu geben. Einige Klingen an Feinlinge an (Nr. 40 „An der Stahlmauer“, Nr. 39 „Weimar“), die meisten aber sind in ihren überhöht schwebenden Vogelstücken und den sonst klammernden (Nr. 41 „Waldede“) oder erstatisch leuchtenden Farben (Nr. 43 „Märchen“) von ganz persönlichem Reiz.

Eine kleine, wichtig monumentale Hofstatue des genialen ungarischen Graphtlers Alexander Gergely, die in der Mitte des Seewald-Raumes aufgestellt ist, vermittelt den Übergang zu einer sehr interessanten Ausstellung von Plastiken und Geräten aus der Südsee und Afrika. Wer sich in die besten dieser Reakturstaturen vertieft, z. B. in die „Abnissur“ aus Neu-Guinea (Nr. 22) oder in die „Langmaske“ aus Komarun (Nr. 125), der versteht die Freude, die unsere modernen Künstler an diesen primitiven Erzeugnissen haben. Denn das tiefste Wesen bildhafterischen Wollens und Schöpfens tritt hier in naider Unbefangenheit und elementarer Urmächtigkeit zutage. Und einige kunstgewerbliche Arbeiten, wie die melancholische Holzschilde (Nr. 14 und 18) oder der gestochene Schild (Nr. 122), der von menschenfressenden Nam-Nam-Regnern gefertigt ist, beweisen uns, daß eine zarte und reife, raffinierte ästhetische Kultur schon aus der tiefsten Stufe menschlicher Barbarei entstehen kann. Ein Faktum, das immer wieder zum Nachdenken anregt und immer wieder bebauert läßt, daß wir in Berlin noch keine öffentliche Sammlung primitiver und ertlicher Kunst besitzen, obwohl unter Väterkandemuseum des reichhaltigste und wertvollste Material für eine solche Sammlung bietet.

Dr. John Schitswskii.

Spiegelungen im Filmbild. Sind in einem Filmbilde Spiegel vorhanden, so wird bei der Aufnahme stets besonders darauf geachtet, daß nicht etwa der Kurzbildschirm und der Photograph sich darin spiegeln; aus diesem Grunde sieht man z. B. im Bilde niemals einen Spiegel, der vorwärts der Bildebene steht. Aber in der Filmanfahme nach Spiegelungen sucht, wird sie fast ebenbürtig häufig finden, wie in der Wirklichkeit, wo sie freilich auch oft unbeachtet bleiben. Aber steht beispielsweise nie immer deutlich zu erkennenden Spiegelbilder an Tische von Menschen und Tieren? Fast in jedem Film werden nun Ausstattungsstücke benutzt, in denen Spiegelbilder auftreten müssen. Bei ebenen schinen Spiegeln ist man sehr vor-

den noch viel einfacheren sehen zu lassen: „hm, hm! sagte er, Kommentar überflüssig!“ Das war ja früher in Provinzialstädten Probe und galt als besonders schlau. Wenn die „Freiheit“ ähnliche Methoden wieder einführen will, soll sie das möglichst schmerzlos und unauffällig tun.

## Hauptmann Pfeffer auf freiem Fuß.

Eine Verhandlung gegen den Hauptmann Pfeffer, der unter der Anklage steht, durch Bildung bewaffneter Haufen gegen die bekannte Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen zu haben, wurde heute morgen vertagt, weil wichtige Zeugen nicht erreichbar waren. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, daß Hauptmann Pfeffer gegen eine Kaution von 20 000 Mark auf freiem Fuß gesetzt wurde. Die Verhandlung soll nun im Februar stattfinden. Wird dann die wichtigste Person des Prozesses, der Angeklagte, „erreichbar“ sein?

## Bayerische Heldenjünglinge.

München, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Verhandlung gegen die studentischen Heldenjünglinge vor dem Schöffengericht Freising (vgl. das Urteil in der heutigen Morgenausgabe. Red. d. „V.“) gab Schuster zu gefast zu haben, Dobner müsse folgeschlagen werden, während Berthold sagte, Dobner sei aus dem Auto gesprungen. Das Auto hat seine rasende Fahrt fortgesetzt und erst kurz vor Landshut wurde wegen einer Motorstörung gehalten. Hier fragte der Chauffeur nach Dobner. Darauf antwortete Berthold: „Er ist hinausgeflogen, weil er so unverschämt war“. Der Berichterstatter der „Münchener Post“ hatte folgenden Eindruck: Man gab sich in der Zeugenvernehmung alle erdenkliche Mühe, die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen Dobner zu erschüttern. Ueberall da, wo man in der verwickelten Geschichte Widersprüche feststellen zu können glaubte, hatte man ein und schließlich war im Saale nur der Zeuge Dobner als Angeklagter da, gegen den der Prozeßstoff abzuwickeln sei. Die Herren Studenten sahen in beschaulicher Langeweile auf ihrer Bank und folgten geradezu als Unbeteiligte dem Schauspiel, das die bayerische Justiz hier aufführte.

## Leinert bleibt.

Hannover, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der hiesige Parteiausflug, die statutarisch festgesetzte Vertretung der Bezirke und Betriebe in Hannover-Binden, hat am Montagabend den Beschluß gefaßt, an den Genossen Leinert das Ersuchen zu richten, sein Rücktrittsgesuch als Oberbürgermeister zurückzuziehen. Um diesen Beschluß Eindrucksvoll zu bekräftigen, haben sich die Arbeiter der großen Betriebe am gestrigen Dienstagabend spontan zu einer Demonstration vor dem Rathaus versammelt. Eine Menge von — gering geschätzt — 8000 bis 10 000 Mann war zusammengekömmt, um einmütig ihrer Entschlossenheit über die schamlosen Verdrängungen Ausdruck zu geben, die von gewisser Seite anlässlich des Rücktrittsgesuches des Genossen Leinert gegen diesen ausgestreut wurden, zum anderen, um zu dokumentieren, ein wie großes Interesse die hannoversche Arbeiterschaft an dem Verbleiben des Genossen Leinert auf seinem Posten gerade in der jetzigen Zeit der gefährlichen Reaktionen hat. Eine Abordnung der Demonstranten überbrachte dem Genossen Leinert den Beschluß des Parteiausflusses, und in längerer Verhandlung ist es ihr gelungen, den Genossen Leinert dazu zu bewegen, sein Entlassungsgesuch zurückzuziehen. Dieser Entschluß wurde von den Versammelten mit stürmischem Beifall und brandenden Hochrufen auf den Genossen Leinert aufgenommen. Die Versammelten zogen daraufhin in voller Ordnung über die Hauptgeschäftsstraßen Hannovers bis zur Georgstraße und hier löste sich der Zug auf.

Die rechtliche Lage ist durchaus klar, denn solange die Gemeindebehörden und die Aufsichtsbehörden über das Rücktrittsgesuch des Genossen Leinert noch nicht entschieden haben, kann er es noch zurückziehen. Eine Beschlußfassung über das Rücktrittsgesuch durch die hiesigen städtischen Kollegien ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

richtig, aber bereits bei Tür- und Fensterscheiben wird die Spiegelung manchmal nicht berücksichtigt. Türen und Fenster der Dekorationsen enthalten freilich Scheiben nur dann, wenn diese zu irgendeinem Zweck nötig sind, aber Drehtüren und Automobile enthalten gewöhnlich Scheiben. Wenn diese Führer nun auch gewöhnlich schräg zur Bildebene fahren, können Spiegelungen doch sichtbar werden, wenn die Tür aufschließt. Freilich ist die Bewegung dabei zu schnell, als daß man das Spiegelbild bemerken möchte, und es braucht auch nicht notwendig aufzutreten; so könnte z. B. die Bildebene, bei der das Spiegelbild auftritt, bei der Aufnahme ausgefallen sein. Anders ist die Sachlage bei anderen spiegelnden Flächen: in Bühnenscenen, Montan Metallflächen usw. sind oft Spiegelungen von Lampen vorhanden, und wo Scher mit Wasserflächen aufgenommen werden, müßten Spiegelungen eigentlich immer vorhanden sein. Gelegentlich verraten sie sich dadurch, daß die nur als Lichtpunkte sichtbaren Spiegelungen, besonders in Berggipfeln, Bergspitzen usw. sich rhythmisch bewegen. Bedenkt man, daß Szenen in Bars, Restaurants, an Frühstückstischen, am Telephon usw. zu den beliebtesten Situationen des Films zählen, so muß man sich eigentlich wundern, daß man so selten Spiegelungen im Film bemerkt.

Wolkenträgerprojekte in München. Den unmittelbaren Anstoß zu der Idee, Wolkenträger auch in München zu bauen, gab die Wohnungsnot. Durch sechs Geschäftehochhäuser könnten in München ungefähr 2000 Wohnungen, die jetzt zu Bureau und ähnlichen Zwecken benutzt werden, freigesetzt und wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung zugeführt werden. Die Bauen sind auf gemeinnützigen oder staatlichen Grundstücken gedacht, so daß ihre Vorteile nach jeder Richtung hin der Allgemeinheit gesichert bleiben. Die Stadtverordneten sind auf 10 bis 20 angenommen, weil man bis zu 16 Stock in Eigenbeton, also unter Verwendung von Parkies, bauen könnte. Die Projekte stammen von den Architekten E. Herbert und Prof. D. Kurz und wurden dem Stadtkommissar, des im großen eine ausnehmende Haltung einnimmt, vorgelegt. Technische Projekte sind bekanntlich auch in Berlin, Breslau, Leipzig usw. aufgetaucht.

Verträge. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Berlin, Wollbamer Str. 120) veranstaltet folgende Vorträge: Lampe, Dialekt, des erdunlichen Unterrichts (1. Februar, 8-9). Geller, Organisations- und pädagogische Fragen des deutschen Auslandsschulwesens (31. Januar, 6-7). Hähmann, Kulturpolitische Ziele der deutschen Auslandsschule (2. Februar, 6-7). Ueber Grotius und Kitzinghaus spricht Dr. Helene Eißler in der Aula, Landstr. 9/10 (27. Januar, 7/8, Uhr abends).

Am zweiten Sonntagkonzert des Charlottenburger Schillertheaters (30. Januar) spielt Alexander Ross Schillers „Gastand“ und „Das deutsche Volk“ mit der beteiligenden Musik von Max z. Schillings; ferner auch Schillingsche Lieder. Den Schluß bildet das Quartett C-Moll op. 18 von Richard Strauß. Eintrittspreis 5 M.

Auslandsreform. In der von der Regierung geplanten Reform des Auslandsverkehrs nimmt der Ortsverein Berlin der Allgemeinen deutschen Auslandsvereine am kommenden Sonntag Stellung. Das einleitende Referat hat Widmer übernommen. Max Weichlein vertritt die „Auslands“, Auslandsreform, Land, Vertreter des Reichsbundes der deutschen Auslandsvereine, über Stellungnahme der Hochschullehrer in den verschiedenen Reformprogrammen, Artikel Bekleiner über „Auslandsvereine“. Die Veranstaltung findet 11 Uhr vormittags im großen Saal des ehemaligen Grottenhauses statt.



## Die Partei der Hausagrarier.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem offiziellen Organ der Deutschen Volkspartei, beschwert sich der Reichstags-  
abgeordnete Winnefeld darüber, daß der preussische Land-  
besitzerverband der Haus- und Grundbesitzervereine  
beabsichtigt, für die preussischen Landtagswahlen mit einer  
eigenen Kandidatenliste vorzugehen.

In bewegten Worten sucht Winnefeld nachzuweisen, daß  
dieser Beschluß eine unnötige Konkurrenz gegen die Deutsche  
Volkspartei sei. Denn erstens habe sie schon bisher das  
Menschenmögliche für die Interessen der Hausagrarier getan  
und zum anderen habe sie Führer der Hausbesitzerbewegung  
schon an sicherer Stelle für die Landtagswahlen aufgestellt.  
Ferner erklärt er, daß die Deutsche Volkspartei die Inter-  
essen der Hausbesitzer in der Vergangenheit ihrer  
Stärke entsprechend vertreten hat und in Zukunft vertreten  
wird.

Wenngleich allgemein und hinreichend bekannt ist, daß die  
Deutsche Volkspartei eine Partei des Besitzes sei, so ist  
es immerhin besonders begrüßenswert, daß von ihren An-  
hängern diese Tatsache in so unzweideutiger Weise unter-  
strichen wird. Alle, die nicht zu den Haus- und sonstigen  
Kapitalisten gehören, werden sich das Bekenntnis einer schönen  
Seele für den 20. Februar zu merken wissen.

## Der preussische Wahlkampf.

Frankfurt a. d. O., 26. Januar. (Eigener Drahtbericht des  
„Vorwärts“.) In einer Kreisversammlung, in der mindestens  
2500 Personen anwesend waren, sprach hier am Montag der Mi-  
nister des Innern, Genosse Severing, über die Bedeutung der  
preussischen Wahlen. In bezug auf die innerpolitische Be-  
wertung der Februarwahlen führte er aus, es käme darauf an, dem  
preussischen Volke am 20. Februar ein Parlament und damit  
eine Regierung zu geben, die so entschieden links gerichtet  
ist, daß der größte deutsche Bundesstaat in Zukunft einen ent-  
scheidenden Einfluß auf stärkere demokratische Orientierung  
der Reichsregierung auszuüben vermag. Andernfalls wird die  
Reichsregierung für eine Rechtsorientierung der Verhältnisse in  
Preußen sorgen. Auf die außenpolitische Bedeutung der  
Wahlen eingehend, erklärte Severing, daß eine Stärkung der  
Reaktion am 20. Februar eine Verschärfung der Wiedergutmachungs-  
forderungen der Entente nach sich ziehen würde. In der Debatte  
meldete sich ein Kommunist zum Worte, der aber die Versammlung  
derartig provozierete, daß ihm bereits nach 5 Minuten das Wort  
entzogen werden mußte. Die Versammlung bildete einen glänzenden  
Aufsatz für den Wahlkampf in unserem Bezirke.

## Ein Menschenraubzug.

Nach horthungarischen Vorbild in Deutschösterreich handelten  
ein paar Amerikaner im unbesetzten Gebiet. In Eberbach  
bei Heilbronn wurden zwei Deutschamerikaner, die sich seinerzeit  
gewehrig hatten, gegen Deutschland Kriegsdienste zu leisten und  
die nach Deutschland entkommen, aber in Amerika verurteilt waren,  
von fünf Männern, die in einem Auto anfahren, überfallen,  
als sie am Bahnhof Hochzeitsgäste abholen wollten. Es gelang  
einigen Männern, auf das Auto zu springen und drei der Unbe-  
kannten festzunehmen. Der Wagen war von Speyer gekommen  
unter Führung von zwei amerikanischen Besatzungs-  
beamten, bei denen sich noch einige gedungene Helfershelfer be-  
fanden.

Angeklagt soll die amerikanische Regierung für die Ergreifung  
der beiden Deutschamerikaner 60.000 Dollar ausgelegt haben. (?)  
Nach einer weiteren Meldung haben zwei der Verhafteten ange-  
geben, daß sie keinen direkten Auftrag gehabt hätten,  
die Deutschamerikaner zu verhaften, sondern nur nach ihnen zu  
suchen. Es scheint also, daß die Verhafteten, von denen einer  
angibt, Polizeibeteiligte zu sein und der andere Sergeant, aus  
eigenem Interesse gehandelt haben, um eine möglichst große Belohnung  
für sich zu erlangen. Daß die amerikanische Regierung  
direkt an der Affäre beteiligt sei, wird mit Recht bezweifelt.

Die beiden amerikanischen Beamten sind verhaftet worden.  
Sie werden unter Anklage des Landesfriedensbruchs gestellt werden.

## Amerikanisches Hilfsgetreide.

New York, 26. Januar. (Ill.) Das amerikanische Farmer-  
bureau hat Herbert Hoover fünfzehn Millionen Bushel Korn  
für das Hilfswerk in Europa, China und anderen Ländern angeboten.  
Das Korn wird kostenlos an die nächste Eisenbahnstation geliefert.  
Hoover hat das Geschenk angenommen. Der Transport des Ge-  
treides an die See wird sich auf 50 Cent für den Bushel stellen.  
Zwei Millionen Bushel werden nach den hungerleidenden europä-  
ischen Ländern verschifft werden, die übrigen nach China und dem  
Osten, wo in vielen Distrikten ebenfalls Hungernot herrscht.

## Habsburgische Ukrainer.

Paris, 26. Januar. (Ill.) Zwei polnische Abgeordnete des  
polnischen Sejm haben eine Anfrage über die Umtriebe der Habs-  
burger (Erzherzog Wilhelm) in der Ukraine eingebracht. Sie ver-  
langen, daß die polnische Regierung sich gegen jede Rückkehr der  
Habsburger ausspreche. Nach neueren Gerüchten sollen die Berichte  
über Verhandlungen der Habsburger Agenten mit Ukrainern über  
die Errichtung eines ukrainischen Königreichs belästigt worden  
sein.

## Der Orientwettbewerb.

Wlifen hat letzten öffentlich das Diktat von Stores für den  
neuen Türkentrieg verantwortlich gemacht. Nun hat die Pariser  
Konferenz beschlossen, in aller nächster Zeit in London eine Kon-  
ferenz alliierter Delegierter einzuberufen, an der Vertreter von  
Griechenland und der Türkei teilnehmen sollen, um zu einer Rege-  
lung der Orientfrage zu gelangen. Auch der Komarregierung  
soll die Teilnahme freigestellt werden.

## Auslandsrundschau.

Die belgische Kammer beriet über die Amnestie für die  
belgischen Aktivisten. Es kam dabei zu sehr erregten  
Szenen. Der Schluss war, daß keine allgemeine Amnestie erteilt  
wird, sondern der König in einzelnen Fällen um Begnadigung er-  
suchen wird. Minister Vanderelde betonte nachdrücklich,  
daß dies der einzige Ausweg sei, die Begnadigung sei ein könig-  
liches Vorrecht.

Bei einer Kassa der Pariser Polizei wurden 700 Personen  
verhaftet, von denen der größte Teil im Verdacht steht, kommuni-  
stische Propaganda zu betreiben. Die Polizei in der  
Provinz hat ebenfalls strenge Weisungen erhalten, mit der größten  
Schärfe gegen die kommunistischen Agitatoren vorzugehen.

In Modena ist der Generalstreik erklärt worden, nach-  
dem dort die nationalsozialistischen Kriegsteilnehmer (Kadetten) wüste  
Gewalttätigkeiten gegen sozialistische Führer und Bureaux verübt  
hätten. In verschiedenen Orten gab es Zusammenstöße; Tote und  
Verwundete sind zu beklagen.

# Groß-Berlin

## Portiers.

Das Los der Portiers und Hausreiner ist heute ein be-  
kannntes. Für wenige Mark leisten sie dem Hauseigentümer  
jede Arbeit, der glaubt, mit ihnen zu verfahren wie mit seinen  
Diensthilfen. Wegen der miserablen Bezahlung haben es nun die  
Portiers- und Hausreiner unternommen, in eine Lohnbewegung  
zu treten. Dabei treten nun die Charaktere der Herren Haus-  
besitzer so recht zutage. Was diese Herren in dieser Hinsicht leisten  
können, zeigt folgender uns vom Deutschen Portierverband mitge-  
teilter Fall.

Die Th. Eheleute kamen Anfang April 1920 aus dem besetzten  
Gebiet und übernahmen der Wohnungsamt gehörend, die Haus-  
reinigung im Hauke Leffingstr. 6. In diesem Hause befindet sich  
ein Postamt. Was da für Arbeit zu leisten ist, kann nur der be-  
urteilen, der eine solche Stelle zu versehen hat. Im September  
1920 trat Frau Th. dem Deutschen Portierverband bei und erzählte,  
was sie bei ihrem Hauswirts Oles zu tun hätte. Die Frau mußte  
nämlich im Interesse des Hauses die große Wäsche des Hauswirts  
unentgeltlich rollen. Man machte die Frau nun darauf aufmerksam,  
daß sie das nicht nötig habe. Bei der nächsten diesbezüglichen Auf-  
forderung weigerte sich die Frau nicht, die Arbeit zu leisten, son-  
dern verlangte nur Bezahlung dafür. Das Resultat war die Rün-  
digung. Vom Amtsgericht Berlin-Mitte wurde die Räumung am  
27. Oktober 1920 ausgesprochen; da nun bei der herrschenden Woh-  
nungsnot eine andere Wohnung nicht zu bekommen war, verblieben  
die Eheleute in ihrer Wohnung. Das Wohnungsamt brachte ihnen ver-  
sichert: solange sie keine andere Wohnung haben, brauchen sie nicht  
ziehen. Am 7. Dezember 1920 kam, wie der Bitt aus heilerem  
Himmel, der Gerichtsvollzieher mit zwei Grünen (Sicherheits-  
polizei) und zwei halbwüchsigen Burken, packten die Sachen zu-  
sammen und wollten ansetzen, herauszuführen. Der Hauswirt stand  
im Korridor und war sich so recht seiner Macht bewußt. Tränenden  
Auges appellierte die Frau an das Herz des Mannes. Darauf ließ  
sich der Herr bewegen, zwei Tage Frist zu gewähren. Nun mußte  
der Gerichtsvollzieher bezahlt werden und die Hilfstrücker, natürlich  
aus der Tasche des Portiers. Am nächsten Tag gingen die Eheleute  
aufs Wohnungsamt. Sie wurden immer von einem Zimmer ins  
andere, von einem Nachbarn zum andern geschickt. Endlich, nach-  
mittags 3 Uhr, hatten sie einen Schein in der Tasche mit der Bitte  
an den Gerichtsvollzieher, die Leute noch so lange in der Wohnung  
zu belassen, bis das Wohnungsamt ein andere Wohnung zur Ver-  
fügung stellen kann. Die letzte Instanz gab den Eheleuten einen  
Brief mit an den Hauswirt. Daraufhin ließ sich der Mann herbei,  
die Leute bis zum 1. März 1921 in ihrer Wohnung zu belassen. Sie  
mußten sich nun verpflichten, für Stube und Küche 50 M. Miete  
zu zahlen, und für die Bode, die 2 Meter breit und 6 Meter lang ist,  
und in der sich die Lichtschalter des Hauses befinden, 30 M. im  
ganzen 80 M. Außerdem mußte die Frau die Miete wegen Teuer-  
ungszulage beim Schlüßungsausschuss zurückzahlen. — Besondere  
rigoros geht auch der Wirtbesitzer des Bureauhauses Universitäts-  
str. 3/4 gegen die Portiereheute des Hauses vor. Trotzdem er  
bereits zweimal vom Schlüßungsausschuss zur Zahlung des Tarif-  
lohnes verurteilt wurde, werden heute noch die Portiereheute mit  
450 M. im Monat entlohnt, bei einer Arbeitsleistung beider Per-  
sonen im frühen Morgen bis zum späten Abend. Von diesem Ge-  
halt müssen noch die für das Haus erforderlichen Reinigungsmate-  
riellen gekauft werden. Eine Wohnung kennen die Leute überhaupt  
nicht, trotzdem wiederholt die Bauspolizei ersucht wurde, für Abfälle  
der jeder menschlichen Empfindung hohen sprechenden Zustände zu  
sorgen. Der Wohn- und Schlafraum liegt neben dem Heizraum  
im Keller, wo die Entwässerungsanlagen der Kellerräume sowie Wärmeein-  
lage und sonstigen Hausgerätschaften liegen. Die Stubenmöbel  
liegen auf dem Boden, den Witterungsverhältnissen ausgelieft.

Derartige Verhältnisse im Portierberuf sind an der Tages-  
ordnung, und nur das leider zu langsame Erweichen der Berufs-  
genossen wird es ermöglichen, hierin Wandel zu schaffen.

## 5455 Prozent für ein Darlehen.

Als eine gemeine wucherische Ausbeutung in Not befindlicher  
Leute bezeichnete der Staatsanwalt das Treiben der Darlehnsver-  
mittlerin Lily Witt aus Wilmersdorf, die sich unter der An-  
lage des wiederholten Betruges und des Wuchers vor der Straf-  
kammer des Landgerichts II zu verantworten hatte.

Vor einiger Zeit erschienen in verschiedenen Zeitungen An-  
kündigungen: „Privatbank gibt Darlehen jedem Stande  
zu 6 Proz., an Beamte, Kaufleute, kleine Gewerbetreibende, Ban-  
krotte Rotenanzahlungen. Chausseestr. 6.“ — Die sich meldenden  
Darlehnsnehmer mußten erst für angebliche Schreibgebühren,  
Auskünfte usw. Vorschüsse von 35-150 M. zahlen und  
wurden dann zum Teil an eine Kommanditgesellschaft „A. Franke u.  
Co., Hamburg, Holstenwall 10“ gewiesen, bei der sie zunächst auch  
einmal erst für Auskünfte usw. Vorschüsse zahlen mußten. Ein  
Darlehen erhielten sie nicht, da die Auskünfte angeblich zu schlecht  
waren. In zahlreichen Fällen gab die Angeklagte Witt selbst Dar-  
lehen, und zwar stets nur auf höchstens 3 Wochen gegen einen  
Zinsfuß von durchschnittlich 1612 Proz. In einem Falle ließ  
sich die Angeklagte sogar 5455 Proz. Zinsen zahlen. — Der  
Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Gefängnis, während der Be-  
trüger darauf hinwies, daß die Angeklagte selbst in mehreren  
Fällen Hochstaplern zum Opfer gefallen sei. Das Gericht erließ  
in diesen Fällen auch einen gewissen Milderungsgrund und er-  
kannte auf 1 Jahr Gefängnis.

## Die vergessenen Organisten.

Am 16. Dezember 1920 hat die Berliner Stadtsynode die  
Behälter aller Kirchenorgane inspiziert und den Reichsorganisten-  
gesellen für die Beamten geregelt vom Friedhofsnachwächter in  
Gruppe I an bis zum 1. Pfarrer in Gruppe X (26.000 M. Gehalt  
und 8500 M. Dienstauswärtentätigkeit). Klein die Kirchen-  
musik (Organisten und Chorleiter) sind — abschließend oder un-  
abschließend — dabei vergessen worden. Die Stadtsynode mußte den  
Kirchenmusikern, die ein jahrelanges, mühsames und sehr kost-  
spieliges, vollständiges Berufsstudium auf einer akademischen Hoch-  
schule absolviert haben, zu ihrem gesamten Dienst jährlich etwa 800  
Dienststunden — meist Sonn- und Festtagsarbeit — noch heute für  
ein Jahresgehalt von 2400 M. (zweitausendvierhundert Mark),  
wazu noch etwa 1000 M. für Amtshandlungen kommen, zu verurteilen.  
Im Frieden und bis zum Jahre 1919 betrug das Gehalt 1200 M.  
und circa 600 M. für Amtshandlungen. Gibt es noch einen Arbeiter,  
Beamten oder Angestellten, der unter den heutigen Verhältnissen für  
den doppelten Friedenslohn arbeiten muß?

Die „Vergessenen“ erwarten jetzt, daß die Kirchenbehörden un-  
gefällig das beantragte Unrecht wieder aufmachen und die Befolgung  
der Kirchenmusikern nach gleichen Grundätzen wie diejenigen aller  
übrigen Kirchenbeamten in gerechter Weise regeln.

## Wie der Jnder ermordet wurde.

### Ein nächtlicher Lokaltermin.

Im Beisein des Chefs der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat  
Hoppe, und des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Simon fand in der ver-  
gangenen Nacht in dem Hause Leibnizstr. 31 zu Charlottenburg  
ein Lokaltermin statt. Es galt in erster Linie der Freistellung, ob  
es überhaupt möglich ist, daß, wie aus dem Beständnis des Drehers  
Körwin hervorgeht, der Kraftwagenführer Arnold durch die kleine  
Öffnung in dem Gefenster der Speisekammer in die Wohnung  
einstiegen konnte.

Arnold und Körwin wurden in der zwölften Nachstunde an den  
Faktor geführt, nachdem dort alles wieder in seinen ursprünglichen  
Zustand versetzt worden war. Unter Leitung des Kriminal-  
kommissars Kühn und des Bezirksoberwachmeisters Seinemeyer  
führte dann Arnold den Einstieg durch das Fenster nochmals  
vor. Auch diesmal gelang ihm infolge seines als einzigen Sport-  
treibers durchtrainierten Körpers das schwierige Kunststück. Ebenso  
schickte sich Körwin er sich durch die Kammer nach der Küche.  
Damit war bewiesen, daß die vielfach angezeigte Darstellung  
über das Eindringen in die Wohnung seine Richtigkeit hat. Im  
Laufe des heutigen Tages werden nunmehr Arnold und sein Freund  
Körwin gegenübergestellt und diese wiederum der Frau  
Singh. Von dieser erhofft man eine lächelnde Aufklärung des  
ganzen Verbrechens. Bisher ist Arnold immer noch bemüht, seine  
Beliebte in Schutz und alles Belastende auf sich zu nehmen.

Bei der Kriminalpolizei erschien gestern die Abordnung einer  
indischen Vereinigung, die den Wunsch aussprach, ihren  
Landesmann Singh nach ihren Landesgebräuchen beerdigen zu  
dürfen. Frau Singh, die befragt wurde, erklärte sich damit einver-  
standen.

## Auch ein Unterricht in Bürgerkunde!

In der Schule soll Parteipolitik nicht getrieben werden. Wir  
empfehlen den Aufsichtsbehörden, sich daraufhin einmal den Unter-  
richt in sogenannter Bürgerkunde näher anzusehen.

Aus der von der Kaufmannschaft Berlins eingerichteten dritten  
kaufmännischen Fortbildungsschule (Anackstraße) er-  
fahren wir, daß in Klasse Vc ein Lehrer Rehsen im Bürgerkunde-  
unterricht sich mitunter sehr sonderbare Neuherungen leistet. So  
warf er die Frage auf, was denn die Sozialdemokratie überhaupt  
geschafft habe. Scheidemann nannte er einen Landesverräter, und  
der ehemalige Seiler Ebert gefäll ihm nicht als Reichspräsident.  
Den Schühengradenkrieg bezeichnete er als ein Herumlungern.  
Derks' auch, ihr Kriegsspiel, die ihr im Granatenregen „herum-  
gelungert“ habe! Die Offiziere hätten noch das meiste geleistet,  
meinte Herr Rehsen. Als ein Schüler hierzu halbwegs bemerkte:  
„Ja, ja, die Herren Offiziere!“, veroberrichte Herr Rehsen ihm ein  
paar Ohrfeigen. Zur Frage nach der Schuld am Kriege, befeuerte er  
seine Zuhörer: „Den Kaiser trifft weniger Schuld als uns selber.“  
Wollte er damit sagen, daß besser das deutsche Volk den Kaiser  
schon vor dem Kriege weggeschafft hätte? Ach nein, das trauen wir  
Herrn Rehsen nicht zu!

Schuldverleumdung kann man Unterricht in Bürgerkunde nicht  
geben, ohne dabei auch Fragen der Politik zu streifen. Aber die  
Lehrer müssen befähigt sein, die Gefahr der Aneinanderung ihrer

Parteilichkeit zu vermeiden. Herrn Rehsen, dem das nicht ge-  
lungen ist, sollte man nicht länger in Bürgerkunde unterrichten  
lassen. Im Hinblick auf die Hygieneaffäre sollte auch erzwungen  
werden, ob er sich überhaupt zum Unterricht in Fortbildungsschulen  
eignet.

## Wie die Landesversicherung „Nist“.

Die Wichtigkeit der Zahnhege ist von Ärzten und Hygienikern  
langst anerkannt. Nun ist aber die Behandlung kranker Zähne,  
insbesondere aber die Beschaffung von Ersatz namentlich in der  
jetzigen Zeit, sehr kostspielig, so daß die minderbemittelten Volks-  
kreise nicht in der Lage sind, die Ausgaben hierfür zu bestreiten.  
Da jedoch nicht bloß die Zahnteilhaber, sondern auch die Kranken-  
kassen und die öffentliche Hygiene ein lebhaftes Interesse daran  
haben, den durch schlechte Gebisse entstehenden Krankheiten vorzu-  
beugen, sind die Landesversicherungsanstalten angewiesen worden,  
neben den Krankenkassen den Versicherten zur Beschaffung von  
Zahnersatz eine Beihilfe zu gewähren. Wie sich diese gestalten  
kann, lehrt eine Zuschrift, die uns aus dem Lehrkreise über-  
mittelt worden ist. Sie ist nach mehr als einer Seite hin so lehrreich,  
daß wir sie im Interesse unserer Leser hier folgen lassen.

Ich stelle bei der Landesversicherungsanstalt Berlin, die sich  
am Köpenicker Park Nr. 3 befindet, den Antrag auf 10 Jahre  
und füge meine Aufrechnungsbescheinigungen (Auktionskarten)  
meinem Gesuch bei. Das genügt aber dieser hohen Behörde nicht,  
denn ich wurde persönlich vorgeladen. Der Vorladung bin ich nach-  
gekommen, habe dadurch 3 Stunden à 6,80 M. versummt und an  
Fahrtgeld 1,50 M. ausgeben müssen, zusammen also 21,90 M.  
Nach etwa 4 Wochen wieder Vorladung und ärztliche Untersuchung.  
Versummte Arbeitszeit 3,5 Stunden = 23,80 M., Fahrtgeld 1,50  
M., zusammen 25,30 M.

Wenn ich nun die Zähne habe, gibt es nochmals Befichtigung.  
Zeltversummt 3 Stunden = 20,40 M., Fahrtgeld 1,50 M., zu-  
sammen 21,90 M. An Porto habe ich verausgabt 60 Pf., so daß  
sich meine Gesamtausgaben auf 69,70 M. belaufen. An Zuschuß  
erhalte ich aber nur 70 M., mithin verbleibt ein Zuschuß von  
30 Pfennig.

Soll das soziale Fürsorge sein? Wäre es nicht an der Zeit,  
endlich mit einem so bürokratischen Verfahren aufzuräumen?

## 5455 Prozent für ein Darlehen.

Als eine gemeine wucherische Ausbeutung in Not befindlicher  
Leute bezeichnete der Staatsanwalt das Treiben der Darlehnsver-  
mittlerin Lily Witt aus Wilmersdorf, die sich unter der An-  
lage des wiederholten Betruges und des Wuchers vor der Straf-  
kammer des Landgerichts II zu verantworten hatte.

Vor einiger Zeit erschienen in verschiedenen Zeitungen An-  
kündigungen: „Privatbank gibt Darlehen jedem Stande  
zu 6 Proz., an Beamte, Kaufleute, kleine Gewerbetreibende, Ban-  
krotte Rotenanzahlungen. Chausseestr. 6.“ — Die sich meldenden  
Darlehnsnehmer mußten erst für angebliche Schreibgebühren,  
Auskünfte usw. Vorschüsse von 35-150 M. zahlen und  
wurden dann zum Teil an eine Kommanditgesellschaft „A. Franke u.  
Co., Hamburg, Holstenwall 10“ gewiesen, bei der sie zunächst auch  
einmal erst für Auskünfte usw. Vorschüsse zahlen mußten. Ein  
Darlehen erhielten sie nicht, da die Auskünfte angeblich zu schlecht  
waren. In zahlreichen Fällen gab die Angeklagte Witt selbst Dar-  
lehen, und zwar stets nur auf höchstens 3 Wochen gegen einen  
Zinsfuß von durchschnittlich 1612 Proz. In einem Falle ließ  
sich die Angeklagte sogar 5455 Proz. Zinsen zahlen. — Der  
Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Gefängnis, während der Be-  
trüger darauf hinwies, daß die Angeklagte selbst in mehreren  
Fällen Hochstaplern zum Opfer gefallen sei. Das Gericht erließ  
in diesen Fällen auch einen gewissen Milderungsgrund und er-  
kannte auf 1 Jahr Gefängnis.

## Die vergessenen Organisten.

Am 16. Dezember 1920 hat die Berliner Stadtsynode die  
Behälter aller Kirchenorgane inspiziert und den Reichsorganisten-  
gesellen für die Beamten geregelt vom Friedhofsnachwächter in  
Gruppe I an bis zum 1. Pfarrer in Gruppe X (26.000 M. Gehalt  
und 8500 M. Dienstauswärtentätigkeit). Klein die Kirchen-  
musik (Organisten und Chorleiter) sind — abschließend oder un-  
abschließend — dabei vergessen worden. Die Stadtsynode mußte den  
Kirchenmusikern, die ein jahrelanges, mühsames und sehr kost-  
spieliges, vollständiges Berufsstudium auf einer akademischen Hoch-  
schule absolviert haben, zu ihrem gesamten Dienst jährlich etwa 800  
Dienststunden — meist Sonn- und Festtagsarbeit — noch heute für  
ein Jahresgehalt von 2400 M. (zweitausendvierhundert Mark),  
wazu noch etwa 1000 M. für Amtshandlungen kommen, zu verurteilen.  
Im Frieden und bis zum Jahre 1919 betrug das Gehalt 1200 M.  
und circa 600 M. für Amtshandlungen. Gibt es noch einen Arbeiter,  
Beamten oder Angestellten, der unter den heutigen Verhältnissen für  
den doppelten Friedenslohn arbeiten muß?

Die „Vergessenen“ erwarten jetzt, daß die Kirchenbehörden un-  
gefällig das beantragte Unrecht wieder aufmachen und die Befolgung  
der Kirchenmusikern nach gleichen Grundätzen wie diejenigen aller  
übrigen Kirchenbeamten in gerechter Weise regeln.

Für die kollegiale Schulverfassung. Eine gestern von über 300  
Teilnehmern besuchte öffentliche Versammlung nahm  
nach Referaten von Dr. Lorenz, Lehrer Kölling und Pro-  
fessor Dreier mit allen gegen 4 Stimmen eine Resolution  
an, die von 3 Vertretern des Berliner Lehrervereins, der Verein-  
igung der Freunde einer kollegialen Schulverfassung und des Bundes  
entschiedener Schulreformer dem Minister überbracht werden soll  
und die sofortige Aukerkräftigung der Dienstamtsweisung von 1910  
und die Einführung einer neuen vom Minister längst versprochenen  
kollegialen Dienstamtsweisung fordert. Für die Angelegenheit der  
neuen Dienstamtsweisung auch der höheren Schulen erhebt die Ent-  
schließung eine Reihe von Forderungen.

Gegen den Freispruch des Prinzen Friedrich Leopold in der  
gestern mitgeteilten Ollender Wohnungsangelegenheit wird der  
Amtsanwalt Berufung einlegen. Der Amtsanwalt führte  
bei seinem Antrage gestern, der auf Verwertung des Freispruches  
hinausging, aus, daß es schlimm genug sei, daß ein Prinz sich um  
die preussischen Gesetze nicht kümmere. Dem Vorbehalt in der gestrigen  
Verhandlung führte der Amtsanwaltsrat von Catorisberg, der zum  
ersten Male in Potsdam den Vorbehalt beim Amtsgericht hatte.

„Beamten und Landtagswahlen.“ Ueber dieses Thema sprach  
in einer Beamtenversammlung in der Schulstra. 14 an Stelle des verhin-  
derten Genossen Dr. Cassau der  
Genosse Goslar. Er schilderte eingehend die Bedeutung der be-  
vorstehenden Wahl, die Wichtigkeit der ferneren Befegung der Mi-  
nisterposten durch bewährte Sozialdemokraten, um dadurch eine  
weitere Demokratisierung der Verwaltung zu ermöglichen. Mit dem  
Auscheiden unserer Genossen aus den Ministerien würde sofort,  
wie im Reiche, eine rechtsgerichtete Politik einleiten. Alle bisher  
gemährtesten Rechte und Vorteile der Beamtenkreise wären mit  
einem Schlage vernichtet. Deshalb liegt es im Interesse aller, am  
20. Februar nur sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben, um  
dadurch den Bestand der Republik und den weiteren Ausbau aller  
erzogenen Freiheiten zu gewährleisten. In der Diskussion sprachen  
mehrere Redner, die für die Abgabe nur sozialdemokratischer Stim-  
mzettel eintraten. Trotz Aufforderung des Versammlungsleiters  
melde ich Geomer nicht zum Wort. Nach dem einbruchsreichen Schluß-  
wort des Referenten richtete der Abteilungsleiter Schulze die Mah-  
nung an die Versammlung, nunmehr die Konsequenz zu ziehen und  
unerschrocken unsere Partei durch Befestigen des „Vorwärts“ und Bei-  
tritt zur Organisation in ihrem Kampfe um die Demokratisierung  
der Verwaltung zu unterstützen.

Clara vom-Sand, W. d. R., spricht auf Einladung der Run-  
gen, im Rahmen der Freieigenaffäre, morgen abend 7 Uhr im  
Laudendium Krepow, Eberstraße 3, über „Grundrissliches und  
Zeitliches im politischen Kampf.“ Bitte willkommen.



